

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (7. Jahrgang, Nr. 8, August 2013)

Die Barmherzigkeit Gottes ist wie der Himmel, der stets
über uns fest bleibt. Unter diesem Dach sind wir sicher, wo
auch immer wir sind.

Martin Luther

Gewerkschaft legt Verfassungsbeschwerde ein

ver.di lässt Entscheidung des Bundesarbeits- gerichts zum Streikrecht überprüfen

Mitte April hat ver.di Verfassungsbeschwerde gegen eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) eingelegt. Darin hatten die Richter/innen zwar bestätigt, dass zwei Streiks in kirchlichen Einrichtungen rechtens gewesen seien. Dennoch hat das BAG nach Auffassung von ver.di das Grundrecht auf Streik niedriger bewertet als das Organisationsrecht der Kirchen, im Rahmen der geltenden Gesetze ihre Angelegenheiten selbst regeln zu können.

Die Richter/innen hatten in ihrer Entscheidung drei Bedingungen genannt. Erfüllen die Kirchen diese, können sie das Grundrecht auf Streik aushebeln. Nach ver.di-Meinung bieten diese Bedingungen den Kirchen einen Gestaltungsspielraum, durch eigene Festlegungen und Regeln das Streikrecht der Gewerkschaften dauerhaft auszuschalten. "Wir sehen zur Zeit keine Möglichkeit, auch nur im Ansatz auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln zu können", sagt Berno Schuckart-Witsch, im ver.di-Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen für Betriebs- und Branchenpolitik zuständig.

Der Gewerkschafter befürchtet, dass in Zukunft die Arbeitsgerichte über das Streikrecht von Fall zu Fall entscheiden müssen. Bei zwei Streiks Ende März in diakonischen Einrichtungen in Bückeburg und Heidelberg habe es keine rechtlichen Konflikte gegeben. Auch auf Gesprächsangebote der evangelischen Kirche werde ver.di eingehen. "Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung durchsetzen", sagt der Gewerkschafter. Streik sei für ver.di kein Selbstzweck, sondern letztes Mittel in einer Tarifauseinandersetzung. Auch beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg Anfang Mai hat ver.di das Thema in zwei Veranstaltungen mit dem ver.di-

Vorsitzenden Frank Bsirske zur Diskussion gestellt.

Über die Annahme der Verfassungsbeschwerde entscheidet jetzt das Bundesverfassungsgericht. Nach Auffassung von ver.di ist die BAG-Entscheidung auch völkerrechtlich bedenklich. Die Richter/innen hätten die Vorgaben der Europäischen Sozialcharta und vor allem von Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht ausreichend in ihre Abwägung einbezogen.

aus: Verdi-Publik 03/2013

Arbeitnehmer gehen immer später in Rente Zahl der Minijobber im Alter nimmt kräftig zu.

Arbeitnehmer in Deutschland sind im vergangenen Jahr so spät in Rente gegangen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Gleichzeitig sanken die Abschläge wegen vorgezogenen Renteneintritts auf den niedrigsten Wert seit 2003. Das geht aus Statistiken der Deutschen Rentenversicherung hervor. Danach stieg das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Männer 2012 von 60/9 auf 61/2 Jahre. Frauen gingen mit 61 (2011: 60/8) Jahren in Rente. Das waren die höchsten Werte seit über 20 Jahren. Im Jahr 2000 gingen Männer noch im Schnitt mit 59/8 Jahren in den Ruhestand, Frauen mit 60/5 Jahren.

Weil die Beschäftigten immer länger arbeiten, müssen sie auch weniger Abschläge für vorgezogenen Ruhestand hinnehmen. Immer mehr Rentner in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern müssen sich im Alter etwas dazuverdienen. Die Zahl der Minijobber ab 70 Jahren hat sich seit 2003 verdoppelt, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord mitteilte.

In Schleswig-Holstein gibt es demnach 31.260 Minijobber in der Altersgruppe ab 65 Jahren. In Hamburg sind es 18.727, in Mecklenburg-Vorpommern 10.534. Viele Arbeitnehmer müssten Abschläge von ihrer Rente in Kauf nehmen, weil sie ihre Arbeit vorzeitig aufgeben, sagte der DGB-Nord-Vorsitzende Uwe Polkaen. "Schon jetzt erreicht der Durchschnittsrentner nach den Abschlägen und Versicherungsbeiträgen nur eine Rente von rund 800 Euro monatlich."

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 04.07.2013

Mindestlohn kommt

Eine eigens konzipierte Ausgabe des Handelsblatts verteilten ver.di-Aktive am 25. April vor dem Reichstag. Die Schlagzeile "Gesetzlicher Mindestlohn kommt" soll auf das einstimmen, was die Gewerkschaften seit Jahren fordern: einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde für alle. Drinnen debattieren die Abgeordneten in erster Lesung einen entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesrats. Doch schon jetzt ist zu erkennen, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition mit ihrer Mehrheit die Annahme des Entwurfs verhindern wird. Zwar versucht auch sie, sich mit der Forderung nach Lohnuntergrenzen als offen für einen Mindestlohn zu präsentieren, aber das ist wohl eher Wahlkampfaktik. Denn Lohnuntergrenzen sind kein allgemeiner Mindestlohn, sie gelten nur für bestimmte Branchen und Regionen, variieren in der Höhe und sind leicht auszuhebeln. Um weiter Stimmung für einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn zu machen, sammeln die in ver.di organisierten Arbeiter/innen noch bis zur Bundestagswahl Unterschriften für eine entsprechende Petition an den Bundestag.

Mehr Infos dazu unter <http://arbeiter.verdi.de>

aus: Verdi-Publik 03/2013

Mindestlohn würde Kaufkraft erhöhen

Berlin. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro in Deutschland würde nach einer Studie mehr als 19,1 Milliarden Euro an Kaufkraftzuwachs bringen. Die Forderung nach einem solchen Mindestlohn sei deshalb sozialpolitisch wie auch wirtschaftlich geboten, erklärten die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Berlin, Unmittelbar profitierten von dem Mindestlohn insgesamt mehr als neun Millionen Beschäftigte.

Jährlich fließen derzeit laut der Studie mehr als zehn Milliarden Euro an ergänzendem Arbeitslosengeld II als Lohnsubvention. Den Kaufkraftzuwachs durch einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn hatte das Eduard Pestel Institut für Systemforschung (Hannover) im Auftrag der beiden Gewerkschaften ermittelt. Auf Westdeutschland würden demnach 13,5 Milliarden Euro entfallen, auf Ostdeutschland 5,6 Milliarden Euro. (dpa)

aus: Sächsische Zeitung vom 10.07.2013

Ehemaligen Gastarbeitern droht häufig Altersarmut

Ehemalige Gastarbeiter sind laut einer Studie etwa dreimal so häufig von Altersarmut bedroht wie deutsche Senioren. Im Jahr 2011 hätten 41,5 Prozent der Ausländer über 65 Jahren ein monatliches Einkommen von weniger als 848 Euro bezogen, teilte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung mit. Unter allen Rentnern in Deutschland seien es lediglich 13,3 Prozent gewesen.

aus Lübecker Nachrichten vom 12.07.2013

Wettlauf um Löhne

2013 werden für 12,5 Millionen Arbeitnehmer die Tarifverträge neu verhandelt; in einem normalen Jahr sind es etwa neun Millionen. [...] Es könnte zu einem Wettlauf um Löhne kommen, zumal die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi diesmal an vielen Fronten kämpft. Sie hat bereits mit Warnstreiks bei der Post und Lufthansa für Furore gesorgt. Auch beim Internetversender Amazon, der wegen schlechter Arbeitsbedingungen in die Kritik geraten ist, will die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Tarifverträge etablieren. Doch die Firma sträubt sich. Es gab Streiks, weitere könnten folgen. Selten zuvor hatte Verdi so viele Möglichkeiten, sich in Tarifrunden zu beweisen - oder zu scheitern.

aus: Süddeutsche Zeitung vom 26.04.2013

Drei Millionen Kinder wegen Armut ohne Urlaub

Drei Millionen Kinder fahren nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes nicht in den Urlaub, weil sie arm sind. Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers forderte daher mehr Unterstützung von der Regierung. Sie solle das Teilhabepaket für Kinder aus Hartz-IV-Familien um eine sommerliche Einmalzahlung von je 300 Euro aufstocken.

aus: Lübecker Nachrichten vom 16.07.2013

Renten büßen deutlich an Kaufkraft ein

Die Renten haben seit der Jahrtausendwende deutlich an Kaufkraft verloren: Im Osten sogar mehr als im Westen. Hier hat der Kaufkraftschwund einer Durchschnittsrente zwischen 2000 und 2012 knapp 19 Prozent betragen, im Osten 23,4 Prozent. Danach lag die Durchschnittsrente für Versicherte 2012 im Westen bei 1072 Euro, im Osten bei 1052 Euro.

aus: Lübecker Nachrichten vom 17.07.2013

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unsere nächsten Treffen finden statt am 9. September, am 7. Oktober und am 4. November 2013 jeweils um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Du hast mein Klagen in Tanzen verwandelt, hast mir das Trauergewand ausgezogen und mich mit Freude umgürtet.
(Monatsspruch August 2013 aus Psalm 30,12)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg